

## Anfrage

Der Abgeordneten Mag. Brigid Weinzinger und Mag. Martin Fasan  
an Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll  
betreffend **Lebensmittelhygiene, Schlachthöfe und fremdenpolizeiliche Kontrollen**

### Begründung:

Es ist kein Geheimnis, dass in niederösterreichischen Schlachthöfen ein hoher Anteil des Personals von Menschen, deren Muttersprache nicht deutsch ist, gestellt wird. Ähnliche Verhältnisse liegen in Zerlegebetrieben und in Fleischbe- und verarbeitungsbetrieben vor. Dieser Umstand leitet sich sowohl von der unattraktiven Tätigkeit, als auch vom geringen Einkommen ab. Nicht selten handelt es sich um illegale Beschäftigungsverhältnisse bzw. entsprechen die Beschäftigungsverhältnisse oft nicht den gesetzlichen Anforderungen. Die Auswirkungen liegen auf der Hand: einerseits geringere Steuereinnahmen durch Schwarzarbeit und menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse und andererseits hygienische Mängel in den Betrieben, die Fleisch und Fleischprodukte mit höheren Gefahren belasten (vgl. Ergebnisse der Betriebsrevisionen und der amtlichen Proben 2000: Verstöße gegen die Hygiene allgemein, Mängel der HACCP-Ausbildung, hohe mikrobiologische Belastung).

Mit dem Skandal der Einfuhr von Fleisch aus einem EU-Drittland und anschließendem Inverkehrbringen mit österreichischer Herkunftsbezeichnung (sprich umetikettieren) im Zusammenhang mit dem ersten österreichischen BSE-Skandal, wurden die Schwächen des bestehenden Systems offensichtlich. Den harten Kern dieser gesetzeswidrigen Netzwerke können wir als internationale Fleischmafia bezeichnen. Der über die Medien bekannt gemachte Fall in Martinsberg ist nach Aussagen von BranchenkennerInnen kein Einzelfall.

Den obengenannten Auswüchsen der Fleischbranche stehen TierärztInnen gegenüber, die sich vonseiten der Behörde kaum unterstützt fühlen. Die abschreckende Vorgangsweise rund um Diplomtierarzt Müller und KollegInnen am Schlachthof Unterstinkenbrunn ist ebenso zu erwähnen, wie die Tatsache, dass sich FleischuntersuchungstierärztInnen bzw. AmtstierärztInnen aus Horn und Mistelbach 2001 an den BM für soziale Sicherheit und Generationen gewandt haben, da sie sichtlich vom Landeshauptmann keine Unterstützung erfahren haben. Wie Sie TierärztInnen bei der Ausführung ihrer amtlichen Tätigkeiten unterstützen, spiegelt sich im Honorar und in der mangelhaften Kommunikation (wurde von der EU-Kommission bestätigt) wider. Ein belgischer Tierarzt bezahlte seine korrekte Vorgehensweise bereits mit seinem Leben (Der Standard, Mittwoch 5. Juni 2002, S. 5: Hormonmafiosi sind schuldig).

Die Unterfertigten stellen daher folgende

## Anfrage

1. Wie viele FleischuntersuchungstierärztInnen laut FUG sind 2002 in NÖ tätig?
2. Wie viele FleischuntersuchungstierärztInnen wurden von Ihnen in den Jahren 2000 und 2001 'des Amtes enthoben' und mit welcher Begründung (nicht anzugeben sind jene aufgrund Überschreitung der Altersgrenze)?
3. Erachten sie die Gebührenverordnung betreffend Lebetier- und Fleischuntersuchung als gerechtfertigt? Wenn ja, begründen Sie das bitte.
4. Wie viele Schlachtbetriebe für den innergemeinschaftlichen Handel gibt es 2002 in NÖ (Geflügel, Kaninchen, sowie Rind, Schwein, kleine Wiederkäuer und Einhufer)?
5. Ist es zutreffend, dass in den letzten Jahren FleischuntersuchungstierärztInnen bei Gemeinden unter Vertrag standen? Waren diese Vereinbarungen für den Schlachthof Unterstinkenbrunn zutreffend und was hatte dies zur Folge? Stehen die FleischuntersuchungstierärztInnen noch immer in Vertrag mit der Gemeinde Unterstinkenbrunn?
6. Wie hoch schätzen Sie den Anteil an illegalen Beschäftigten in NÖ Schlachthöfen?
7. Werden die erforderlichen Hygieneschulungen mehrsprachig angeboten?
8. Warum wurde im 1. Quartal keine fremdenpolizeilichen Überprüfungen an NÖ Schlachthöfen durchgeführt?
9. Wie viele fremdenpolizeiliche Überprüfungen an NÖ Schlachthöfen wurden im Jahr 2001 durchgeführt und mit welchen Ergebnissen?
10. Wie viele Betriebe wurden 2001 in NÖ kontrolliert bzw. wie hoch ist die Anzahl der Betriebsrevisionen gewesen und welche Ergebnisse liegen vor?
11. Welche Maßnahmen trafen Sie bzw. gedenken Sie zu treffen, um die Gefahr von mikrobiologischen Belastungen bei Fleisch und Fleischprodukten zu reduzieren?
12. Ist es zutreffend, dass bei Revisionen bzw. Kontrollen von landwirtschaftlichen Direktvermarktern weniger Verstöße (in Relation zu Händlern) vorlagen?
13. Erachten Sie die gesetzlich geforderten HACCP-Konzepte als zielführend?
14. Ist es zutreffend, dass es bei Überprüfungen von NÖ Schlachthöfen zu Beanstandungen betreffend Arbeitszeitgesetz, ArbeitnehmerInnenschutzvorschriften und des allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes in den Jahren 2000 und 2001 kam? Wenn ja, um welche

genauen Beanstandungen handelte es sich und welche Sanktionen bzw. Strafen wurden verhängt?

15. Ist es zutreffend, dass es bei Überprüfungen von NÖ Schlachthöfen zu Beanstandungen betreffend des Finanzstrafgesetzes kam? Wenn ja, um welche genauen Beanstandungen handelte es sich und welche Sanktionen bzw. Strafen wurden verhängt?
16. Gegen welche Gesetze wurde im BSE-Schlachthof Martinsberg verstoßen und von wem (Betreiber, Fleischuntersuchungstierarzt)? Welche Maßnahmen wurden daraufhin eingeleitet?
17. Wie stehen Sie zur Aussage der EU-Kommission, dass zu wenig Personal für die Überwachung der Lebensmittel im Einsatz?
18. Ist es zutreffend, dass es sich bei der falschen Kennzeichnung von Frischfleisch im Schlachthof Martinsberg um einen Einzelfall handelte? Wenn ja, auf welche Daten stützen Sie Ihre Aussage? Wenn nein, was unternehmen Sie dagegen?
19. Haben Sie nach den Erhebungen am Schlachthof Martinsberg Schwerpunktüberprüfungen an Schlachthöfen eingeleitet?
20. Was unternehmen Sie gegen die lückenhafte Kommunikation im Bereich der gesamten Lebensmittelüberwachung?
21. Ist es zutreffend, dass es eine nationale Schweinemia und eine internationale Fleischmafia gibt?
22. In welcher Angelegenheit wurden NÖ FleischuntersuchungstierärztInnen und AmtstierärztInnen aus Horn und Mistelbach im Jahr 2001 bei BM Haupt vorstellig?
23. Welche Maßnahmen haben Sie getroffen bzw. werden Sie treffen, um FleischuntersuchungstierärztInnen Unterstützung vor-Ort angedeihen zu lassen?